Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Antifaschistische Aktion

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

8. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 14. September 1932 — Nummer 209

Die Kraft der Arbeiterschaft entscheidet!

Nur die Macht der Arbeiter kann bewirken, daß die Papenregierung verschwindet. Nazis und SPD wollen vom außerparlamentarischen Kampf ablenken. Nun erst recht vorwärts in Antifaschistischer Aktion!

Dresden, 14. September.

Im Laufe weniger Stunden hat sich herausgestellt, daß der bei der Reichstagsabstimmung von den Nazis und allen ihren Bundesbrüdern und auch von der Sozialdemokratie gemimte „Kampf gegen die Papenregierung" lediglich eine Folge der Furcht vor dem Zorn der Massen war. Der Nazi-Reichstagspräsident Göring hat gar bald die am Montag mit Stentorstimme angekündigte „Weitertagung des Reichstages" aufgegeben und ist brav und artig mit der von ihm selbst als „gestürzt" erklärten Papenregierung gehorsamst in Verbindung getreten und hat vor ihr gekuscht.

Die Sozialdemokratie, die als erste schon am Montag der Papenregierung hilfreich beisprang, setzt ihren Volksbegehrenschwindel gegen den zweiten (!) Teil der Papen-Notverordnung fort, um auf diese Weise die Arbeiter hinzuhalten und vom sofortigen Kampf gegen die Lohnabbauoffensive zurückzuhalten.

Dafür bietet auch der Ausgang der soeben abgeschlossenen Verhandlungen wegen des beabsichtigten Lohnraubes an den sächsischen Textilarbeitern einen praktischen Anschauungsunterricht.

Die am Montag unter Ausschluß der Oeffentlichkeit in Dresden durchgeführten Verhandlungen der Schlichterkammer für die westsächsische Textilindustrie wurden wiederum ergebnislos abgebrochen und auf Donnerstag, den 15. September vertagt. Man hat diesen Tag natürlich nicht zufällig gewählt. Bekanntlich ist dies der Tag, an dem die Notverordnung Papens, was die Lohnabbaubestimmungen anbetrifft, in Kraft tritt. Den Textilarbeitern soll also offenbar unter Berufung auf die Notverordnungsbestimmungen der Lohnabbau verordnet werden.

Damit wird sowohl den Unternehmern, als auch der Bürokratie des DTV entgegengekommen. Denn diese gedenkt alsdann offenbar mit dem Hinweis auf die „Gesetzlichkeit" dieses Lohnabbaues zu erklären: „Nun ist nichts zu machen ..." Der DTV-Bonze Richter hat ja diese Absicht unlängst schon in einer Zittauer Textilarbeiterversammlung verraten.

Diese Absicht müssen die Textilarbeiter durchkreuzen: Alle Betriebe müssen nunmehr mobil und streikfertig gemacht werden. Und so, wie die Textilarbeiter, so müssen alle Arbeiter gegen die Notverordnung Papens, gegen weiteren Lohnraub, gegen weitere Versklavung und politische Knebelung antworten.

Keine Hoffnungen und Illusionen im Hinblick auf die parlamentarischen Manöver der Sozialdemokraten und auch der Nazis!

Schon gibt der einstige Koalitionspartner der SPD und der gegenwärtige Koalitionspartner der Nazis, das Zentrum in der Germania zu:

„Die Regierung von Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung."

Und tatsächlich wird die Lohnabbauoffensive der Unternehmer in den nächsten Tagen verstärkt einsetzen.

Die sächsischen Textiler haben den ersten Schlag zu parieren

Auf die Unterstützung ihres Kampfes gilt es alle Kräfte einzustellen. Gleichzeitig aber auch an allen anderen Fronten mobilmachen!

In Tausenden von Betrieben werden die Unternehmer unverschämte Lohnabbauforderungen stellen. Da darf sich kein Arbeiter durch den Volksentscheidschwindel der SPD davon abhalten lassen, sofort gegen die Lohnabbauoffensive mitzukämpfen.

Antifaschistische Einheitsfront des Kampfes in jedem Betrieb!

In allen Betrieben müssen sich jetzt sozialdemokratische, christliche, kommunistische Arbeiter zur breitesten Einheitsfront zusammenschließen. Nichts kann die Belegschaften daran hindern, in jedem Betrieb ihre Forderungen an die Unternehmer zu stellen und unter oppositioneller Führung die Waffe des Streiks zu ihrer Durchsetzung anzuwenden.

Antifaschistische Einheitsfront des Kampfes in jedem Betrieb!

Wir formieren die Front!

Heute, Mittwoch, den 14. September, 19.30 Uhr im Keglerheim, Dresden, Friedrichstraße

öffentliche Gewerkschaftsversammlung

Am Freitag, dem 16. September, 18 Uhr, spricht im „Drei-Kaiserhof, Dresden-Löbtau

Genosse Seibmann in einer Parteiarbeiterversammlung

Am Sonntag, dem 18. September, vormittags, findet in den Blumensälen, Blumenstraße, eine große öffentliche Kundgebung statt in der Gen.

Schwenk über: Kommunismus, der einzige Ausweg

spricht. Parteigenossen, revolutionäre Arbeiter sorgt für Massenbesuch dieser Veranstaltungen!

Die demagogischen Volksfeinde gestellt!

Kommunistischer Antrag auf Nichtdurchführung der Notverordnung von Nazis und SPD abgelehnt

Im „Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Volkes", dem sogenannten Ueberwachungsausschuß, hat die KPD durch den Genossen Nädel einen Antrag einbringen lassen, in welchem es unter anderem heißt:

„Der Ausschuß „Zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung" fordert alle Behörden des deutschen Reiches auf, die Durchführung der Notverordnung einzustellen. Insbesondere sich der Durchführung der Notverordnungen vom 4. September zu enthalten. Die Finanzbehörden werden angewiesen, die vorhandenen Geldmittel der Verfügungsgewalt der Reichsregierung zu entziehen. Die gesamte Bevölkerung wird aufgefordert, vorläufig keinerlei Steuerabgaben mehr zu leisten und sich der Abzüge von Lohn und Gehalt ebenso der Herabsetzung der Löhne usw. zu widersetzen."

Dieser Antrag, der Maßnahmen von durchschlagender Wirkung enthält, wurde mit den Stimmen der SPD und der Nazis abgelehnt.

Die arbeitenden Massen werden die Forderungen dieses Antrages mit zur Grundlage des außerparlamentarischen Kampfes machen.

Görings demütiges Gewinsel

Berlin, 14. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring hat einen Brief an Hindenburg gerichtet, in dem er eine Darstellung der Vorgänge im Reichstag gibt. Ferner hat Göring eine Mitteilung an Hindenburg gerichtet, in der er von dem Beschluß des Ueberwachungsausschusses Kenntnis gibt, wonach das Nichterscheinen Papens und Gayls im Ausschuß als offener Verfassungsbruch bezeichnet wird.

Hindenburg hat darauf geantwortet, daß er diesen Vorwurf entschieden zurückweise und hat für die Papenregierung hinsichtlich der Vorgänge im Reichstag Stellung genommen. Daraufhin hat Göring in einem zweiten Schreiben an Hindenburg weitestgehend kapituliert. Er erklärte, daß der Vorwurf des Verfassungsbruches nicht seine persönliche Meinung sei, sondern die des Ausschusses, zu deren Mitteilungen er verpflichtet sei.

Der ganze Brief ist ein einziges demütiges Gewinsel und selbst bürgerliche Zeitungen vom Schlage des Dresdner Anzeigers ziehen aus alledem die für die Nazis bezeichnende Schlußfolgerung: „Der Reichstagspräsident hat sich mit seinen verschiedenen Schreiben auf das Gebiet eines Rückzugsgefechtes begeben."

Wie Herr Göring kuscht, zeigt nichts deutlicher als der Schluß seines an Hindenburg gerichteten Briefes, wo es heißt:

„In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ew. Exzellenz sehr ergebener (gez.) Hermann Göring."

Das spricht Bände für den gegenüber seinen Nazianhängern so gern kraftmeiernden Lakai des Kapitals.

*

Gestern trat der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung — der [illegible] — zusammen. Die Papen-Schleicher-Regierung hat erklärt, daß sie an den Ausschußberatungen [illegible], bis der Reichstagspräsident die Auffassung [illegible], daß die Reichstagsabstimmung rechtsgültig sei.

Für die KPD erklärte Genosse Torgler, [illegible] der Regierung beweist, daß [illegible] [illegible] die Regierung [illegible].

Die Sitzung wurde daraufhin vertagt. [illegible] [illegible] als Verfassungsbruch bezeichnet.

Der Ausschuß [illegible]

Polizei unternimmt unter Bruch der Abgeordnetenimmunität

Haussuchung bei der kommunistischen Reichstagsfraktion

Faschistische Denunziation als Vorwand . Sprengstoff gesucht . Ueberwachungsausschuß verlangt Bestrafung der Schuldigen

Wenige Stunden nach Auflösung des Reichstages, mitten in der Nacht, drang eine Polizeiabteilung unter Führung des Regierungsrates von Werder in den Reichstag ein und durchsuchte das Büro der kommunistischen Reichstagsfraktion sowie alle Zimmer der kommunistischen Abgeordneten. Unter Bruch der Abgeordnetenimmunität wurden Schränke und Schreibtische erbrochen.

Obwohl der Direktor des Reichstages sofort Einspruch erhob, kümmerte sich die Polizei nicht darum, sondern führte die Haussuchung bis zu Ende durch. Das Vorgehen der Polizei ist ein glatter Verfassungsbruch.

Nachträglich gibt der Berliner Polizeipräsident als „Begründung" für diesen Polizeiüberfall an, die Polizei habe von „zuverlässiger" Seite erfahren, daß mitten in der Nacht der Reichstag in die Luft gesprengt werden sollte. Trotz des offenbaren Unsinns einer solchen Meldung, drang die Polizei in die Räume der kommunistischen Abgeordneten ein. Angeblich sollen zwei Zeichnungsschriften und ein Buch über den Eisenbahnbau beschlagnahmt worden sein.

Der gestern tagende „Ueberwachungsausschuß zur Wahrung der Volksvertretung" nahm einen kommunistischen Antrag mit großer Mehrheit an, in dem die Bestrafung der Urheber der Polizeiaktion gegen unsere Fraktion verlangt wird.

Dieser Polizeiüberfall charakterisiert die Methoden, mit denen jetzt unter offenem Verfassungsbruch gegen die Kommunisten vorgegangen werden soll. Die faschistischen Denunzianten haben gute Zeiten. Es genügt eine Anzeige in der die Kommunisten der fantastischsten Pläne bezichtigt werden, um eine Durchsuchung nicht nur der Räume vorzunehmen, sondern auch alle verschlossenen Behältnisse zu erbrechen, ohne daß ein Abgeordneter dabei ist. Abgesehen von dem eklatanten Bruch der Abgeordnetenimmunität, zeigt dieser Vorfall, daß sich die Machtorgane der Papenregierung [illegible] über alle Formalitäten hinwegsetzen, um nach [illegible] Denunziantenmanier gegen die KPD zu [illegible]. Die gesamte Arbeiterschaft muß in den Betrieben und Stempelstellen gegen das Vorgehen der Polizei protestieren und mit uns gegen alle reaktionären Anschläge auf die Partei den Entscheidungskampf [illegible].